

Europawahl 2024: Europas Zukunft Richtung geben

Erwartungen und Forderungen des Deutschen Städtetages

Beschlossen vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages
am 18. Januar 2024 in Trier

Kurzfassung

Sonderedition aus der Reihe Beiträge zur Stadtpolitik **121**



ISBN 978-3-88082-389-1

© Deutscher Städtetag Berlin, Köln und Brüssel, März 2024

Titelbild: Grecaud Paul - stock.adobe.com

Die elf Hauptforderungen des Deutschen Städtetages an das Europäische Parlament und die Europäische Kommission

Präambel – Europas Zukunft Richtung geben

Europa und die Welt sind im Wandel. Spätestens seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und dem Überfall der Hamas auf Israel ist klar: Europa muss die europäischen Werte von Menschenrechten, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemeinsam aktiver verteidigen. Dazu braucht es eine klare Rolle Europas in der Welt und die Stärkung der Handlungsfähigkeit Europas nach innen.

Der Wandel schlägt sich vor Ort nieder: Die Versorgung und Integration von Geflüchteten sowie die Unsicherheiten bei der Energieversorgung stellen die Städte vor große Herausforderungen. Der Klimawandel ist in Europa angekommen und verlangt effektive Schutz- und Anpassungsmaßnahmen. Die Digitalisierung bietet Chancen und benötigt zugleich Leitplanken, damit sie dem Wohl der Menschen dient. Die zahlreichen Herausforderungen machen eine Transformation unserer Gesellschaft in historischem Ausmaß notwendig. Um Europas Zukunftsfähigkeit und unsere Demokratie zu sichern, muss die Transformation gerecht gestaltet werden. Dazu braucht es die enge Zusammenarbeit aller Ebenen. Nur dann können wir dem Erstarken von Nationalismus und Rechtspopulismus, dem Auseinanderdriften der Gesellschaft sowie Hass, Gewalt und Demokratieskepsis wirksam begegnen.

Europas Zukunft zu sichern und zu gestalten, ist unsere gemeinsame Aufgabe und Verantwortung. Die Städte spielen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der Transformation, der Bewältigung von Herausforderungen und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Städte stehen ein für die europäischen Werte und engagieren sich weltweit solidarisch. Angesichts bevorstehender Erweiterungen und Herausforderungen in der Mehrheitsfindung zu zentralen Themen tragen Städte bereits heute substantiell zur Handlungsfähigkeit der Europäischen Union bei. Auch die Wahrung der globalen Akzeptanz Europas in Zeiten geopolitischer Spannungen erfordert die stärkere Anerkennung der Rolle der Städte als internationale Akteure und der Rolle von Städtediplomatie in der EU-Außenpolitik und in internationalen Prozessen wie den G7.

Die Transformation unserer Gesellschaft wird nur im engen Schulterschluss mit den Städten gelingen. Dazu müssen die Städte handlungsfähig sein und ihre Perspektive muss im europäischen Mehrebenensystem stärker berücksichtigt werden. Dazu braucht es die kontinuierliche und strukturelle Einbeziehung der Städte in europäische Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozesse, beispielsweise die Stärkung des Ausschusses der Regionen. Nur so können wir die Menschen mitnehmen, unsere Demokratie verteidigen und stärken sowie den Umbruch gerecht gestalten.

Die anstehenden Europawahlen können für die Zukunft der Europäischen Union – und damit für jede/n Einzelne/n – richtungsweisend sein. Es geht um nicht weniger als die Frage, ob wir auch in Zukunft in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben können. Die deutschen Städte stehen bereit, ihren Beitrag zu leisten, um Europas Zukunft Richtung zu geben. Wir stellen an das neu gewählte Europäische Parlament und die neu besetzte Europäische Kommission elf Forderungen.

1. Europa an Werten und Rechtsstaatlichkeit ausrichten

Angesichts geopolitisch unruhiger Zeiten, einem in vielen Mitgliedsstaaten der EU zu beobachtenden Rechtsruck, aber auch ermutigender Entwicklungen wie in Polen, braucht es gerade jetzt ein noch stärkeres Bekenntnis zu und Engagement für Europa und die europäischen Werte von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Diese Grundpfeiler der Europäischen Union gilt es zu stärken und zu verteidigen. Der Deutsche Städtetag fordert von der neuen Kommission die konsequente Anwendung des Rechtsstaatsprinzips. Dabei dürfen sich ausgesetzte Haushaltszahlungen an Mitgliedsstaaten aufgrund von Verstößen (Konditionalitätsmechanismus) nicht zum Nachteil europafreundlicher Städte und ihrer Bemühungen um einen europaweiten Zusammenhalt auswirken. Bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention sollte zudem die Rolle der Kommunen bei Gesetzesvorlagen zur Beendigung von geschlechtsspezifischer Gewalt sowie in den damit verbundenen Förderprogrammen berücksichtigt werden.



Foto: @jorisvo – stockadobe.com

2. Sozialen Zusammenhalt und Integration gemeinsam meistern



Foto: @ Open Grid Europe / Constantin Stein

In den Städten entscheidet sich, ob sozialer Zusammenhalt belastbar ist und Integration gelingt. Der Deutsche Städtetag fordert, dass die Reform eines gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) zügig vorangetrieben und ein gerechtes europäisches Verteilsystem umgesetzt wird. Die Massenzustrom-Richtlinie muss verlängert werden. Die EU muss sich stärker den Problematiken der Binnenmigration annehmen und durch gezielte, langlaufende Förderprogramme die Städte in ihren Integrationsbemühungen unterstützen. Systeme der sozialen Sicherheit müssen auf europäischer Ebene koordiniert werden, um die Freizügigkeit zu wahren und Missbrauch zu verhindern.

3. Digitale Transformation ohne Hürden ermöglichen



Foto: © 5. Ievgen Skrypko – stock.adobe.com

Der Deutsche Städtetag fordert, dass ein klarer regulatoriver Rahmen für die Nutzung von Daten durch die Städte geschaffen wird. Dies gilt insbesondere deshalb, um das Potenzial Künstlicher Intelligenz im Verwaltungshandeln nutzen zu können. Vor allem im Bereich Standardisierung ist ein größeres Engagement notwendig. Dabei müssen durch offene Standards digitale Abhängigkeiten von Dritten vermieden werden. Weiterhin müssen beim Ausbau von digitaler Infrastruktur mehr Anreize für kooperative Ansätze geschaffen werden. Gleichzeitig brauchen die Städte Spielraum, um Konflikte mit anderen Infrastrukturen vorzubeugen. Im Rahmen der Umsetzung der Verordnung über die Einrichtung eines einheitlichen europäischen digitalen Zugangstors (Single Digital Gateway) müssen der Aufwand und die finanziellen Auswirkungen für die kommunale Ebene im Blick behalten werden.

4. Städte als zentrale Akteure für ein klimaneutrales Europa und bei der Umsetzung des Green Deals unterstützen

Städte benötigen eine zuverlässige Versorgung mit klimafreundlicher Energie. Dafür müssen die europäischen Rahmenbedingungen Städte befähigen, den Ausbau der erneuerbaren Energien schnell umzusetzen. Für Maßnahmen hinsichtlich der Energieeffizienz, insbesondere von Gebäuden, braucht es sowohl den Blick auf das Quartier als auch mit nationalem Recht im Einklang stehende Sanierungsvorgaben. Die Energieeinsparvorgaben für den öffentlichen Sektor sind ambitioniert. Neben dem öffentlichen Bereich müssen alle Sektoren ihren Beitrag leisten. Auch muss die EU einen Rahmen schaffen, um die Erzeugung, die Nutzung und den Transport von grünem Wasserstoff innerhalb der Europäischen Union zu fördern. Die EU muss zudem einen funktionierenden Gas- und Strombinnenmarkt schaffen sowie den Aufbau einer grenzüberschreitenden Netzinfrastruktur zügig vorantreiben.



Foto: © Dusan Petkovic - adobe.stock.com

5. Gesunde und umweltfreundliche Städte fördern



Foto: © Tobias Fricke / Deutscher Städtetag

Saubere, gesunde und umweltbewusste Städte sind ein elementarer Baustein des Green Deals und vor allem Anspruch unserer Städte an sich selbst. Die EU ist gefordert, den Rahmen dafür zu setzen, und kommunales Handeln zu befördern. Es ist dringend erforderlich, zur Verbesserung der Luftqualität in den Städten mit Vorrang Maßnahmen an der Quelle zu ergreifen und einen ganzheitlichen Ansatz zur Emissionsreduktion umzusetzen. Weiterhin muss die Kommission die Rahmensetzung für eine Kreislaufwirtschaft setzen und zirkuläres Wirtschaften befördern. Zum Schutz unserer Gewässer muss die Wasserrahmenrichtlinie verlängert und das Prinzip der Herstellerverantwortung ausgeweitet werden. Weiterhin ist der Erhalt und die Förderung der Biodiversität ein zentrales Zukunftsthema für lebenswerte Städte. Hierfür muss die Kommission weiterhin die Rahmenbedingungen zur Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie schaffen. Hierunter fällt auch die geplante Richtlinie zur Bodenüberwachung und -resilienz, die wichtige Ziele verfolgt, aber differenzierter ausgestaltet werden muss.

6. Nachhaltige Mobilität schaffen

Der Deutsche Städtetag fordert zur Umsetzung der Verordnung über Transeuropäische Netze für Verkehr, die Planungsautonomie der Städte zu beachten, bereits vorliegende Planungen zu berücksichtigen und städtische Maßnahmen durch die neue Connecting Europe Facility (CEF) auskömmlich zu finanzieren. Digitalisierung und Wettbewerb müssen in Zusammenhang mit einer starken städtischen Steuerungsfunktion konsequent genutzt werden, um den öffentlichen Personennahverkehr in den Ballungsräumen mit weiteren Angeboten zu verknüpfen und autonome Fahrfunktionen zu integrieren. Die Umrüstung von Bussen und Nutzfahrzeugen sollte mit Fördermitteln bis 2030 beschleunigt werden.



Foto: © Oliver Guth / Kölner Verkehrs-Betriebe AG

7. Lebenswerte Städte im gemeinsamen Wandel entlasten

Die europäische Kohäsionspolitik ist das zentrale Element, um Transformationsprozesse anschieben zu können. Damit Kohäsionspolitik den Städten gerecht wird, muss sie verlässlich und flexibel sein. Die Urbane Agenda und die Neue Leipzig Charta müssen weiter umgesetzt und gestärkt werden. Die Rolle des Neuen Europäischen Bauhaus (NEB) für Transformationsschritte der Städte im Bauwesen muss herausgearbeitet werden. Die Städte müssen direkt NEB-Projekte beantragen können. Kommunalrelevante EU-Programme sollten besser aufeinander abgestimmt werden. Die Bauleitplanung muss als Verfahren für eine gerechte Abwägung der widerstreitenden Belange anerkannt werden. Starre inhaltliche Vorgaben sowie redundante Verfahrensanforderungen müssen im Rahmen des EU-Umwelt-, Klage- und Verfahrensrechts auf ein Maß reduziert werden, das zur Wahrung der Umweltbelange erforderlich ist.



Foto: © U. J. Alexander - stock.adobe.com

8. Städte bei der nachhaltigen Finanzierung kommunaler Investitionen unterstützen



Foto: © Avij (talk-contribs) / Public domain / Wikimedia Commons

Der Deutsche Städtetag fordert eine stärkere Berücksichtigung kommunaler Belange und Investitionen bei der Weiterentwicklung der Sustainable Finance-Strategie der Europäischen Union. Dazu braucht es einen Paradigmenwechsel bei der Förderung kommunaler Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, wonach sich die Fördersumme künftig an der Wirksamkeit anstelle der Kosten eines Projekts ausrichtet. Zudem sollten die Auswirkungen neuer Verwaltungsanforderungen auf die Städte stärker berücksichtigt werden und die Kommunen an der Ausarbeitung beteiligt werden. Das betrifft etwa neue Standards zur öffentlichen Rechnungslegung. Zur Förderung von Personalentwicklungsmaßnahmen auf kommunaler Ebene braucht es eine Umsatzsteuerbefreiung für Personalüberlassungen.

9. Entlastung durch Entbürokratisierung schaffen

Viele EU-Regelungen und Vorgaben sind kritisch zu betrachten und teilweise nicht mehr zeitgemäß. So sollte beispielsweise das Vergaberecht vereinfacht und die Verfahren beschleunigt werden. Die EU-Kommission sollte rasch Verhandlungen mit der Welthandelsorganisation über das Government Procurement Agreement (GPA) zur Erhöhung der Schwellenwerte aufnehmen. Überflüssige Regelungen sollten abgebaut und den Kommunen so mehr Handlungsspielraum gegeben werden. Die EU-Kommission muss bei der Erstellung neuer Gesetzesvorschläge potenziell Betroffene stärker einbeziehen sowie eine Folgenabschätzung einführen, mit der unter Einbindung der Kommunen die Auswirkungen der Gesetzgebung auf die lokale Ebene vorab geprüft werden.



Foto: © Harald07 - stock.adobe.com

10. Kommunale Beteiligung sicherstellen und intensivieren



Foto: © John Thys / European Committee of the Regions

Städte sind die zentrale Umsetzungsebene europäischer Regelungen. Deshalb müssen sie auch in europäische Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozesse strukturiert und kontinuierlich einbezogen werden. Dazu braucht es verpflichtende Anhörungs- und Konsultationsrechte der Städte und ihrer Verbände sowie eine Stärkung des Ausschusses der Regionen. Dazu gehört insbesondere eine Erhöhung der durch die kommunale Ebene besetzten Mandate in den nationalen Delegationen auf mindestens ein Drittel. Gesetzgebungsverfahren müssen auf Subsidiarität und Achtung der kommunalen Selbstverwaltung mittels Folgenabschätzung überprüft werden. Der Deutsche Städtetag fordert zudem einen jährlichen europäischen Städtetipfel sowie einen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission für städtische Angelegenheiten. Damit kann dem horizontalen und fachbereichsübergreifenden Charakter städtischer Angelegenheiten Rechnung getragen werden.

11. Rolle der Städtediplomatie in der internationalen Zusammenarbeit anerkennen

Städte gestalten im Rahmen ihrer internationalen Zusammenarbeit nationale, europäische und globale Entwicklungen (zum Beispiel in Bezug auf die Türkei, China und die Ukraine). Sie besitzen diplomatische Handlungsmöglichkeiten, die weit über den Rahmen der Städtepartnerschaften hinausgehen. Der Deutsche Städtetag fordert, den Ansatz der Städtediplomatie (Urban Diplomacy) in den internationalen Strategien der EU anzuerkennen. Dem sollte der europäische Rechts- und Förderrahmen noch stärker Rechnung tragen, indem er Projekte und Austauschmöglichkeiten auf der Kooperationsebene intensiviert. Städte müssen stärker bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrem Nachfolgeprozess auf Entscheidungsebene einbezogen werden. Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit sollte im neuen mehrjährigen Finanzrahmen ab 2027 wieder budgetiert werden. Insbesondere zur Umsetzung der EU-Afrikastrategie benötigen die Städte eigenständige Zugänge zu Fördermitteln, um Partnerschaften aufrechtzuerhalten und auszubauen. Die Ukraine-Fazilität sollte das Engagement der Städte für die Ukraine, beispielsweise im Rahmen von Städtepartnerschaften, möglich machen.



Foto: © Christian Media / Leipziger Messe

Langfassung Europawahl 2024: Europas Zukunft Richtung geben

Zu den ausführlichen Erwartungen und Forderungen des Deutschen Städtetages an das neu gewählte Europäische Parlament und die neu besetzte Europäische Kommission:



Deutscher Städtetag – Die Stimme der Städte

Städte prägen den Alltag – bei uns tauschen sie sich aus. Im Deutschen Städtetag haben sich rund 3.200 Städte und Gemeinden mit rund 53 Millionen Einwohnern zusammengeschlossen. Das sind Städte von Aachen bis Zwickau, darunter alle Landeshauptstädte, die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen – und natürlich auch viele kleinere Städte. Der Deutsche Städtetag ist die Stimme der Städte.

Unsere Aufgaben

- Wir vertreten die Interessen aller kreisfreien und der meisten kreisangehörigen Städte,
- sind im Gespräch mit der Bundesregierung, mit Bundestag, Bundesrat, Europäischer Union und zahlreichen Organisationen,
- nehmen Einfluss auf die Gesetzgebung,
- achten auf die kommunale Selbstverwaltung, die im Grundgesetz garantiert ist.

Städte für Menschen – wir geben Orientierung

- Die Städte gestalten das Lebensumfeld für die Menschen vor Ort.
- Wir diskutieren mit unseren Mitgliedsstädten Fragen, die alle Städte betreffen. Wir legen gemeinsam Positionen fest.
- Wir geben den Städten Orientierung über das, was auf Bundesebene und in der EU geschieht.

Städte mit Zukunft – was wir wollen

Die Städte stemmen den Großteil der öffentlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Bund und Länder sollten die Städte als Partner begreifen. Die Städte müssen handlungsfähig bleiben. Für die Aufgaben der Kommunen muss die Finanzierung stimmen.

**Herausgeber:
Deutscher Städtetag**

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030 377 11-0

Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221 377 1-0

Avenue des Nerviens 9–31
1040 Brüssel, Belgien
Telefon: +32 2 882 774-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn
Leiter Abteilung Kommunikation
und Medien

Redaktion: Lina Furch, Ulrich Fikar,
Piet Rehmert

Publikationsbetreuung: Freya Altmüller,
Anja Viohl

Layout: Elke Postler